

zu II-1080 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
XII. Gesetzgebungsperiode

REPUBLIK ÖSTERREICH
Bundesministerium
für soziale Verwaltung

zu 465 / A.B.
zu 392 / J.
12. Mai 1971
Präs. am

Zl. 20.076/18-6-1/71

Wien, den 10. Mai 1971

B e a n t w o r t u n g

der Anfrage der Abgeordneten MELTER und Genossen
an den Bundesminister für soziale Verwaltung be-
treffend den voraussichtlichen Mehraufwand infol-
ge Lockerung der Ruhensbestimmungen (No. 392/J)

In der vorliegenden Anfrage wird zunächst aus-
geführt, daß der Mehraufwand für die am 1.1.1971
wirksam gewordene Lockerung der Ruhensbestimmungen
mit 60 Mio.S geschätzt worden sei. Nach Meinung
der anfragestellenden Abgeordneten müsse sich in
der Zwischenzeit im Zusammenhang mit der Neuberech-
nung der Pensionen nach den neuen gesetzlichen Be-
stimmungen gezeigt haben, wieviele Personen in den
Genuß der Milderung der Ruhensbestimmungen gelangt
seien und welche finanzielle Auswirkung bis zum
Jahresende zu erwarten sein wird. Schließlich wer-
den an den Bundesminister für soziale Verwaltung
folgende Fragen gerichtet:

- 1.) Wieviele Pensionisten werden durch den Entfall
der Ruhensbestimmungen bei 45-jähriger Beitrags-
zeit a) in der Pensionsversicherungsanstalt der
Angestellten und b) in der Pensionsversicherungs-
anstalt der Arbeiter begünstigt?

- 2 -

- 2.) Welchen Mehraufwand hat der Bund den einzelnen Pensionsversicherungsanstalten in diesem Zusammenhang voraussichtlich im Jahre 1971 zu vergüten?
- 3.) Wieviele Pensionsempfänger werden durch die höheren Einkommensgrenzen in den vorgenannten Versicherungszweigen begünstigt ?
- 4.) Wie groß ist der sich durch die Erhöhung der Einkommensgrenze ergebende Mehraufwand des Bundes gegenüber den einzelnen Versicherungsanstalten ?
- 5.) Welche weitergehende Milderung der Ruhensbestimmungen werden Sie in Entwurfsform für den Fall vorbereiten lassen, daß der gegenständliche Mehraufwand hinter dem geschätzten Betrag (60 Mill. Schilling) zurückbleiben sollte?"

In Beantwortung der Anfrage beehre ich mich folgendes auszuführen:

Die Lockerung der Ruhensbestimmungen in den Bereichen des ASVG., GSPVG. und B-PVG., wie sie seit 1.1.1971 auf Grund der einschlägigen Novellen in Kraft steht, sieht zwei Verbesserungen vor: Die Grenzbeträge, die im Jahre 1970 2.162 S bzw. 3.844 S betragen haben, hätten sich auf Grund der laufenden Anpassung für das Jahr 1971 auf 2.316 S bzw. 4.117 S erhöht. Die nach den einschlägigen Novellen am 1.1.1971 in Kraft getretene Grenzbeträge wurden jedoch mit 2.500 S bzw. mit 4.300 S festgesetzt. Das Ruhen entfällt ferner zur Gänze, wenn der Pensionist das 65. Lebensjahr vollendet hat und die Summe der in seiner Pension berücksichtigten und der nach deren Stichtag erworbenen Beitragszeiten 540 Monate beträgt.

- 3 -

Auf Grund der vorliegenden Anfrage wurde bei den Pensionsversicherungsträgern eine statistische Erfassung der Ruhensfälle unter Berücksichtigung der am 1.1.1971 eingetretenen Gesetzesänderung veranlaßt. Die Pensionsversicherungsträger konnten, um ein Bild über die in der Anfrage verlangten Daten zu erhalten, lediglich einen Vergleich des Dauerschecks für Dezember 1970 mit jenem für Februar 1971 vornehmen. Danach betrug in der Pensionsversicherung nach dem ASVG. die Anzahl der Ruhensfälle im Dezember 1970 19.058 und im Februar 1971 18.267, die Differenz somit 791. In der Pensionsversicherung der Selbständigen gab es im Dezember 1970 777 und im Februar 1971 695 Ruhensfälle; die Differenz beträgt demnach 82 Fälle. Insgesamt waren im Dezember 1970 19.835 und im Februar 1971 18.962 Ruhensfälle zu verzeichnen, so daß der Unterschied 873 Fälle beträgt.

Aus der Anzahl der im Dezember 1970 vorhandenen Ruhensfälle und aus der Tatsache, daß sich die Ruhensgrenzbeträge am 1.1.1971 um 184 S bzw. 183 S erhöht haben, kann der Mehraufwand dieser Lockerung der Ruhensbestimmungen als Maximalwert theoretisch ermittelt werden. Diese Ermittlung beruht auf der Annahme, in jedem Ruhensfall würden sich die neuen Ruhensgrenzen voll auswirken. Danach

- 4 -

käme ein Mehraufwand von $19.835 \times 184 \times 14 = 51$ Mio.S zustande. Für den Bund würde sich daraus eine Mehrbelastung von rund 57 Mio.S ergeben. Wieviel von diesem Maximalwert abzusetzen ist, läßt sich, wie im folgenden ausgeführt wird, statistisch nicht erfassen. Zu der tatsächlichen Mehrbelastung aus der Erhöhung der Grenzbeträge kommt noch die ebenfalls im folgenden dargestellte Mehrbelastung, die aus dem gänzlichen Wegfall der Ruhensbestimmungen bei Nachweis von 45 Beitragsjahren resultiert.

Die von den Versicherungsträgern erhobenen, derzeit möglichen Unterlagen enthalten keine gesicherte Aussage über den Mehraufwand, der durch die Milderung der Ruhensbestimmungen entstanden ist. Zu diesem Schluß kommt man zwangsläufig, wenn man an Hand von Modellfällen die möglichen Auswirkungen der Milderung der Ruhensbestimmungen untersucht.

- 5 -

Modellfälle vom Typ einer Versichertenpension

Dezember 1970

Jänner 1971

ohne	mit
Lohnerhöhung	

Pension (davon Grundbetrag)	2.150 S (1.000 ")	2.303 S (1.071 ")	2.303 S (1.071 ")
--------------------------------	----------------------	----------------------	----------------------

Entgelt Modell A	3.500 S	3.500 S	3.832 S
Ruhensbetrag ohne 25. Nov.	1.000 "	1.071 "	1.071 "
mit 25. Nov.	-	1.071 "	1.071 "

Entgelt Modell B	3.000 S	3.000 S	3.285 S
Ruhensbetrag ohne 25. Nov.	838 "	684 "	969 "
mit 25. Nov.	-	500 "	785 "

Entgelt Modell C	2.283 S	2.283 S	2.500 S
Ruhensbetrag ohne 25. Nov.	121 "	-	184 "
mit 25. Nov.	-	-	-

11

- 6 -

Modellfälle vom Typ einer Witwenpension

		Dezember 1970	Jänner 1971	
			ohne Lohnerhöhung	mit
Pension (50%) (davon Grundbetrag)		1.075 S (500 ")	1.151 S (535 ")	1.151 S (535 ")
Entgelt <u>Modell A</u>		4.000 S	4.000 S	4.380 S
Ruhensbetrag	ohne 25. Nov.	500 "	535 "	535 "
	mit 25. Nov.	-	535 "	535 "
Entgelt <u>Modell B</u>		3.500 S	3.500 S	3.832 S
Ruhensbetrag	ohne 25. Nov.	500 "	534 "	535 "
	mit 25. Nov.	-	351 "	535 "
Entgelt <u>Modell C</u>		3.150 S	3.150 S	3.449 S
Ruhensbetrag	ohne 25. Nov.	381 "	184 "	483 "
	mit 25. Nov.	-	1 "	300 "
Entgelt <u>Modell D</u>		2.876 S	2.876 S	3.149 S
Ruhensbetrag	ohne 25. Nov.	107 "	-	183 "
	mit 25. Nov.	-	-	-

- 7 -

Die vorstehenden Modellfälle zeigen deutlich, daß es mindestens drei Gruppen von Ruhensfällen gibt, in denen verschiedene Auswirkungen der Milderung der Ruhensbestimmungen hinsichtlich der Änderung der Ruhensgrenzbeträge auftreten. Und zwar

1. wenn das Entgelt genügend hoch ist, wird nach wie vor der volle Grundbetrag ruhen, ohne Rücksicht darauf, ob mit Jänner 1971 eine Lohnerhöhung eingetreten ist oder nicht;
2. bei mittleren Entgelten ruhte im Dezember 1970 nicht der volle Grundbetrag; die Höhe des ruhenden Betrages im Jänner 1971 hängt von einer allfälligen Lohnerhöhung ab und wird dadurch größer oder kleiner sein als im Dezember 1970;
3. bei kleineren Entgelten, die im Dezember 1970 noch zum Ruhen geführt haben, kommt es ab Jänner 1971 nicht mehr zur Anwendung der Ruhensbestimmungen.

Lediglich die drittgenannte Gruppe konnte in dem von den Pensionsversicherungsträgern zur Verfügung gestellten Material erfaßt werden. Die statistische Erfassung der beiden anderen typischen Gruppen kann im nachhinein nicht mehr verlangt werden, weil dies zur Folge hätte, daß die Träger alle 1971 vorhandenen Ruhensfälle für diesen Zweck einzeln noch einmal bearbeiten müßten.

Bezüglich der Auswirkung des ebenfalls in den am 1.1.1971 in Kraft getretenen einschlägigen Novellen geregelten Wegfalles der Ruhensbestimmungen bei Nachweis

- 8 -

einer 45jährigen Beitragszeit hat die Pensionsversicherungsanstalt der Angestellten eine Schätzung vorgenommen. Sie rechnet mit etwa 100 bis 150 Fällen, in denen deswegen die Ruhensbestimmungen nicht mehr zur Anwendung kommen. Diese Fälle betreffen vor allem Alterspensionen.

Wenn man den Mehraufwand an Hand eines Beispiels abschätzen will, könnte man hiezu folgende Überlegung anstellen: Ein Angestellter mit 6.000 S Monatseinkommen tritt nach dem Stichtag für die Pension wieder mit einem Einkommen von 6.000 S in Beschäftigung. Seine Pension beträgt 79,5 v.H. von 6.000 S = 4.770 S, davon 1.800 S Grundbetrag. Vor der 25. Novelle zum ASVG. ruhte der Grundbetrag, der Pensionist bezog daher 6.000 S Erwerbseinkommen + 2.970 S Pension = 8.970 S. Nach der 25. Novelle entfällt das Ruhen des Grundbetrages, der Pensionist bezieht 6.000 S Erwerbseinkommen + 4.970 S Pension = 10.970 S. Die Mehrbelastung beträgt daher 1.800 S x 14 = 25.200 S jährlich. Für je 100 bis 150 solcher Fälle ergibt sich daher eine Mehrbelastung von 2,5 bis 3,75 Mio. S jährlich. Außerdem kann vermutet werden, daß eine Anzahl Pensionsberechtigter, die ihre Pension bisher nicht beanspruchten, weil sie ein Ruhen nicht in Kauf nehmen wollten, nunmehr den Pensionsantrag

- 9 -

im Hinblick auf den Wegfall der Ruhensbestimmungen bei 45 Beitragsjahren stellen werden. Der jährliche Mehraufwand für je 100 solcher Fälle kann mit etwa 7 Mio.S angenommen werden.

Ungeachtet dessen, daß der statistischen Erfassung der Pensionsversicherungsträger nur ein geringer Aussagewert zukommt, sehe ich derzeit für eine weitere Lockerung der Ruhensbestimmungen keine Möglichkeit. Ich möchte in diesem Zusammenhang zunächst hervorheben, daß die geltenden Ruhensbestimmungen eine Reihe von Möglichkeiten bieten - über die in den Kreisen der in Frage kommenden Pensionisten vielleicht nicht immer volle Klarheit besteht - einen Nebenverdienst zu erzielen, der überhaupt nicht zum Ruhen führt oder der nur einen verhältnismäßig niedrigen Ruhensbetrag zur Folge hat.

So ist vorerst festzuhalten, daß das Ruhen nur den Grundbetrag der Pension, nicht aber auch die Steigerungsbeträge erfaßt. Welche Auswirkungen diese Regelung in der Praxis hat, geht aus der folgenden Übersicht hervor. Sie zeigt, wie hoch, je nach der Anzahl der erworbenen Versicherungsjahre, der Teil der Pension ist, der vom Ruhen nicht erfaßt wird, der also dem Pensionisten ungekürzt verbleibt:

- 10 -

Von der gesamten Pension sind

bei ... Vers.Jahren	nicht ruhefähig (Steigerungsbeträge)	ruhefähig (Grundbetrag)
30	47,4	52,6
32	50,0	50,0
35	53,5	46,5
40	58,3	41,7
45	62,3	37,7

Bei 32 Versicherungsjahren kann demnach höchstens nur die halbe Pension vom Ruhen erfaßt werden. Bei höheren Versicherungszeiten - in der Hauptsache bei Alterspensionen - sinkt der ruhefähige Teil einer Pension sogar erheblich unter die Hälfte.

Was der Umstand, daß sich das Ruhen nur auf den Grundbetrag einer Pension erstreckt, in Absolutbeträgen ausgedrückt, bedeutet, zeigen die folgenden Beispiele:

Ruhen nach § 94 ASVG. bei Versichertenpensionen

Vers. zeit	1) Grundbetrag 2) Steigerungsbetr. 3) Pension	Bemessungsgrundlage				
		2.000-S	3.000 S	4.000 S	5.000 S	6.000 S
30 J.	1)	600 "	900 "	1.200 "	1.500 "	1.800 "
	2)	540 "	810 "	1.080 "	1.350 "	1.620 "
	3)	1.140 "	1.710 "	2.280 "	2.850 "	3.420 "
35 J.	1)	600 "	900 "	1.200 "	1.500 "	1.800 "
	2)	690 "	1.035 "	1.380 "	1.725 "	2.070 "
	3)	1.290 "	1.935 "	2.580 "	3.225 "	3.870 "
40 J.	1)	600 "	900 "	1.200 "	1.500 "	1.800 "
	2)	840 "	1.260 "	1.680 "	2.100 "	2.520 "
	3)	1.440 "	2.160 "	2.880 "	3.600 "	4.320 "
45 J.	1)	600 "	900 "	1.200 "	1.500 "	1.800 "
	2)	990 "	1.485 "	1.980 "	2.475 "	2.970 "
	3)	1.590 "	2.385 "	3.180 "	3.975 "	4.770 "

- 11 -

Wie bereits eingangs erwähnt, tritt nach den seit 1.1.1971 geltenden Ruhensbestimmungen im Jahre 1971 ein Ruhen nur ein, wenn das Erwerbseinkommen allein den Betrag von 2.500 S monatlich übersteigt, bzw. wenn das Erwerbseinkommen zusammen mit der Pension den Betrag von 4.300 S monatlich übersteigt. Hat der Pensionist Anspruch auf eine Kinderbeihilfe, so sind im Jahre 1971 vom Erwerbseinkommen 644 S abzusetzen. Jeder Pensionist kann daher ein zusätzliches Einkommen von mindestens 2.500 S im Monat erzielen, ohne daß ein Ruhen seiner Pension eintritt; zu Pensionen, die weniger als 1.800 S monatlich betragen, können sogar mehr als 2.500 S dazuverdient werden.

Diese Grenzbeträge begünstigen, entgegen der des öfteren gehörten Meinung, die kleineren Pensionen - insbesondere die Witwenpensionen - und die kleineren Nebeneinkommen, wie aus der folgenden Darstellung ersichtlich ist; dem Beispiel liegt eine Pension mit einer Bemessungsgrundlage von 3.000 S (Grundbetrag 900 S bzw. 450 S) zugrunde:

- 12 -

Vers. zeit	Monatliche Pension	1) 2)	Monatliches Erwerbseinkommen				
			2.500 S	3.000 S	3.500 S	4.000 S	5.000 S
25 J. Vers.= 1.530 S		1)	-	230 S	730 S	900 S	900 S
		2)	4.030 "	4.300 "	4.300 "	4.630 "	5.630 "
Wi. = 765 S		1)	-	-	-	450 "	450 "
		2)	3.265 "	3.765 "	4.265 "	4.315 "	5.315 "
30 J. Vers.= 1.710 S		1)	-	410 S	900 S	900 S	900 S
		2)	4.210 "	4.300 "	4.310 "	4.810 "	5.810 "
Wi. = 855 S		1)	-	-	55 "	450 "	450 "
		2)	3.355 "	3.855 "	4.300 "	4.405 "	5.405 "

- 1) Ruhender Betrag
2) Gesamteinkommen

Aber auch im Bereich der höheren Pensionen und Nebeneinkommen werden die Auswirkungen der Ruhensbestimmungen oft überschätzt; den folgenden Beispielen liegt eine Bemessungsgrundlage von 6.000 S (Grundbetrag 1.800 S bzw. 900 S) zugrunde:

Vers. zeit	Monatliche Pension	1) 2)	Monatliches Erwerbseinkommen				
			2.500 S	3.000 S	3.500 S	4.000 S	5.000 S
40 J. Vers.= 4.320 S		1)	-	500 S	1.000 S	1.500 S	1.800 S
		2)	6.820 "	6.820 "	6.820 "	6.820 "	7.520 "
Wi. = 2.160 S		1)	-	500 "	900 "	900 "	900 "
		2)	4.660 "	4.660 "	4.760 "	5.620 "	6.260 "
45 J. Vers.= 4.770 S		1)	-	500 "	1.000 "	1.500 "	1.800 "
		2)	7.270 "	7.270 "	7.270 "	7.270 "	7.970 "
Wi. = 2.385 S		1)	-	500 "	900 "	900 "	900 "
		2)	4.885 "	4.885 "	4.985 "	5.485 "	6.485 "

- 1) Ruhender Betrag
2) Gesamteinkommen.

Es sind somit Pensionisten, die zuletzt mit der Höchstbeitragsgrundlage versichert waren, ohne weiteres in der Lage, hohe Gesamteinkommen zu erzielen, die weit über den durchschnittlichen Beitragsgrundlagen liegen.

Eine weitere Maßnahme, die dazu beiträgt, die Auswirkung der Ruhensbestimmungen zu mildern, stellt die im Rahmen dieser Bestimmung bestehende Möglichkeit dar,

- 13 -

einen Jahresausgleich zu beantragen. Die Antragstellung führt dann zu einem positiven Ergebnis, wenn die jährlichen Nebeneinkünfte höchstens 30.000 S betragen haben und in weniger als den zwölf Kalendermonaten eines Jahres zustande gekommen sind. Ein Pensionist könnte somit etwa in einem Kalenderjahr drei Monate lang je 10.000 S verdienen, was zwar innerhalb des Kalenderjahres zur Anwendung der Ruhensbestimmungen führen würde, im folgenden Jahr aber die Refundierung der zum Ruhen gebrachten Beträge im Wege des Jahresausgleiches zur Folge hätte.

Man könnte aus der Aufzählung dieser Möglichkeiten, neben der Pension ein Einkommen zu erzielen, das zu keinem Ruhen oder nur zu einem geringen Ruhensbetrag führt, zu dem Schluß verleitet werden, die völlige Beseitigung der Ruhensbestimmungen würde für die finanzielle Situation der Pensionsversicherung keine wesentliche Mehrbelastung bedeuten. Eine solche Betrachtungsweise läßt aber außer Acht, daß die Ruhensbestimmungen nicht losgelöst, sondern nur in Zusammenhang mit den übrigen leistungsrechtlichen Vorschriften der Pensionsversicherung gesehen werden dürfen. In allen Pensionsversicherungen ist bekanntlich der Anfall einer Pension u.a. davon abhängig, daß der

- 14 -

Versicherte am Stichtag nicht mehr der Pflichtversicherung unterliegt bzw. daß seine Gewerbeberechtigung erloschen ist oder daß die die Pflichtversicherung begründende Erwerbstätigkeit nicht mehr ausgeübt wird. Würden die Ruhensbestimmungen wegfallen, würde auch die Aufrechterhaltung dieser Stichtagsregelung nicht mehr begründet sein, weil sie nur im Zusammenhang mit den Ruhensbestimmungen einen Sinn erhält. Die Beseitigung der Stichtagsregelung hätte aber eine tiefgreifende Wirkung auf das Wirtschaftsgefüge. Wie schon in den Erläuterungen zur Stammfassung des ASVG. ausgeführt wurde, berechtigt die Sicherung ausreichender Pensionen das Verlangen, daß der Versicherte bei Inanspruchnahme der Alterspension seine versicherungspflichtige Beschäftigung aufgibt, damit auch jüngere Arbeitskräfte einen Arbeitsplatz erhalten. Dieses Argument gilt uneingeschränkt auch in den Pensionsversicherungen der Selbständigen. Bei einer Abschaffung der Ruhensbestimmungen und damit der Stichtagsregelung würde diese Wirkung verlorengehen, was um so ungereimter wäre, als bei Schaffung des GSPVG. und auch des B-PVG. u.a. der Gedanke Pate stand, mit der Pensionsversicherung ein weiteres Instrument zur Strukturbereinigung und Verjüngung dieser Wirtschaftszweige zu schaffen.

- 15 -

Angesichts dieser Darstellungen über die tatsächlichen Auswirkungen der Ruhensbestimmungen möchte ich meinen Standpunkt in der Frage einer weiteren Lockerung der Ruhensbestimmungen neuerlich bekräftigen: Die Pension im Rahmen der Sozialversicherung soll demjenigen, der aus Krankheits- oder Altersgründen sein Arbeitseinkommen verloren hat oder bei Tod den Hinterbliebenen den Verlust dieses Arbeitseinkommens weitgehendst ersetzen. Die Pension soll aber nicht von sozialen Lösungen abgesehen, eine ab einem bestimmten Alter voll zu kassierende Aufbesserung des Arbeitseinkommens sein. Das Ruhen des Grundbetrages ist vom sozialen Standpunkt daher voll gerechtfertigt.

Es darf nicht außer Acht gelassen werden, daß der Bund im Jahre 1971 aus dem Titel des Bundesbeitrages einen Zuschuß von fast 9 Mrd.S zur Pensionsversicherung leisten wird. Darüber hinaus wird er noch an Ausgleichszulage rund 2,5 Mrd.S zu erbringen haben. Unter Berücksichtigung dieser beträchtlichen Mittel, die von der Allgemeinheit aufgebracht werden müssen, damit die Pensionsversicherungsträger ihre gesetzlichen Verpflichtungen erfüllen können, halte ich es nicht für vertretbar, vom reinen Versicherungsprinzip ausgehend, das Erwerbseinkommen eines Pensionsberechtigten gänzlich außer Betracht zu lassen.

- 16 -

Wie ausgeführt, wird vom Ruhen höchstens der Grundbetrag der Pension, d.s. 30 v.H. der Pensionsbemessungsgrundlage, erfaßt. Da der Aufwand für die Pension nicht nur von den Versicherten und ihren Dienstgebern, sondern mit etwa einem Viertel vom Bund getragen wird, könnte man davon sprechen, daß der Bund überwiegend den Grundbetrag finanziert, während die Mittel für die anderen Pensionsbestandteile von den Versicherten und ihren Dienstgebern aufgebracht werden. Der Schillingbetrag, der dem Grundbetrag der Pension entspricht, stellt sich so gesehen nicht als Versicherungsleistung, sondern als Leistung der Allgemeinheit dar. Damit scheinen die Ruhensbestimmungen, die sich nur auf den Grundbetrag beziehen, auch aus dieser Sicht gerechtfertigt.

Zusammenfassend nehme ich zu den gestellten Fragen - die Erklärungen hiefür sind in der Darstellung enthalten - wie folgt Stellung:

Zu 1.):

Die genaue Zahl der durch den Entfall der Ruhensbestimmungen bei 45-jähriger Beitragszeit begünstigten Pensionisten kann so kurz nach dem Inkrafttreten dieser Regelung nicht exakt festgestellt werden. In der Pensionsversicherung der Angestellten ist mit etwa 100 bis 150 Fällen zu rechnen. Darüber hinaus kann angenommen werden, daß von den rund 16.000 Personen (Grundzählung

- 17 -

vom Juli 1970), die über 65 Jahre alt sind und noch in Beschäftigung stehen, ein Teil von der nunmehr gegebenen Möglichkeit, neben dem Erwerbseinkommen auch die Pension ungekürzt zu beziehen, Gebrauch machen wird. Der jährliche Mehraufwand für je 100 solcher neu hinzutretender Fälle kann mit etwa 7 Mio.S angenommen werden. In der Pensionsversicherung der Arbeiter wirkt sich diese Regelung nur Zeit nicht aus.

Zu 2.):

Hinsichtlich der Mehrbelastung des Bundes läßt sich nur der höchstmögliche Betrag im Ausmaß von etwa 60 Mio.S ermitteln. Wieviel von diesem Maximalwert abzusetzen ist, läßt sich aus den oben dargestellten Gründen statistisch nicht erfassen.

Zu 3.):

Von der Zahl der Pensionsempfänger, die durch die höheren Einkommensgrenzen in der Pensionsversicherung nach dem ASVG. begünstigt werden, läßt sich nur die Zahl der Personen feststellen, bei denen das Ruhen zur Gänze weggefallen ist. Sie beträgt 791. Die Zahl der Personen, bei denen die Lockerung der Ruhensbestimmungen zu einer Verminderung des ruhenden Betrages, nicht aber zum Wegfall des Ruhens führt, könnte nur ermittelt werden, wenn die Träger der Pensionsversicherung alle 1971 vorhandenen Ruhensfälle zu diesem

- 18 -

Zweck einzeln noch einmal bearbeiten würden, was einen unvertretbaren Verwaltungsaufwand zur Folge hätte.

Zu 4):

Die Mehrbelastung des Bundes läßt sich nur in dem unter 2.) angegebenen Ausmaß global erfassen.

Zu 5.):

Aus den oben im einzelnen dargestellten Gründen halte ich es nicht für vertretbar, das Erwerbseinkommen eines Pensionsberechtigten gänzlich außer Betracht zu lassen, da Ruhensbestimmungen, die sich nur auf den Grundbetrag beziehen, im Hinblick auf die hohe Beitragsleistung des Bundes zur Pensionsversicherung gerechtfertigt erscheinen.

